

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Verkaufpreis 4 mal. Bezugspreis: monatlich 1,50 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Kautschukpreis: Die einseitige Seite oder beiderseits 15 Goldpfennige, die Reklamenseite 45 Goldpfennige. Die Anzeigen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Postfachkonto Stuttgart Nr. 6790. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 116

Altensteig Freitag den 21. Mai

1926

Ein Vorstoß Bernstorffs in Genf.

Genf, 20. Mai. Am Schluß der Vormittagsitzung des Rüstungsausschusses erklärte Graf Bernstorff, die bisherige Debatte habe vielfach bei ihm den Eindruck erweckt, daß die vorgebrachten Argumente besser zum Beweis der Frage hätten verwendet werden können: Wie kann man der Abrüstung aus dem Wege gehen?, als zu der anderen Frage: Wie kann man zu einer Abrüstung kommen. Alle Argumente, die vorgebracht wurden, klangen so, als ob sie in der Zeit vor dem Krieg vorgebracht würden. Bernstorff führte dann etwa folgendes aus: Ich bin sehr erheitert darüber, daß man in diesen Debatten vom Völkerbund und seiner Tätigkeit nicht mehr gesprochen hat, als dies geschehen ist. Ein kriegerischer Konflikt ist nur noch zwischen dem Völkerbund selbst und einem Angreiferstaat vorstellbar. Außerdem ist meiner Ansicht nach auch die Sicherheitsfrage zu stark unerschränkt worden. Die ganze Diskussion, die wir hier führen, müßte sich doch auf eine Annahme aufbauen, daß diese allgemeine Sicherheit erreicht ist. In den meisten Ausführungen wurde der Völkerbund und die Bestimmungen des Artikels 8 seiner Satzung, nach der die Freiheit der Staaten, sich zu rüsten, beschränkt ist, vollkommen ignoriert. Der belgische Delegierte hat in seiner gestrigen Rede ausgeführt, daß jedem Land erlaubt sein müsse, sich zu verteidigen und es eine zynische Grausamkeit wäre, wenn man einem Lande verbieten wollte, sich gegen Luftangriffe auf seine Hauptstadt zu schützen. Ich habe dieses Wort von der zynischen Grausamkeit gebraucht. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß Deutschlands Entwaffnung augenblicklich so groß ist, daß wir unsere Hauptstadt nicht gegen Luftangriffe verteidigen könnten. Ich meine, man würde erfolgreichere Arbeit leisten können, wenn man nicht nur auf die bloße Herabsetzung der jetzigen Rüstungen ausginge, sondern auch daran ginge, gewisse Kategorien von Rüstungen überhaupt auszuschalten. Auch muß die Frage der Kolonialtruppen noch berücksichtigt werden. Nach der mit sichtlichem Interesse nach den Ausführlingsmitgliedern aufgenommenen Rede des deutschen Botschafters erhob sich Lord Robert Cecil, um die vom Grafen Bernstorff angeführten Gedanken zu unterstützen, daß durch das Bestehen des Völkerbundes gegenüber der Vorkriegszeit eine vollkommen veränderte Lage geschaffen sei. England könne sich nicht vorstellen, daß es noch irgend einen anderen Krieg geben könne, als einen Völkerbundkrieg gegen einen Angreiferstaat. Er wies jedoch darauf hin, daß die internationale Konferenz zur Kontrolle des Waffenhandels im vergangenen Jahre sich in ihrem Schlußprotokoll ausdrücklich gegen den Gaskrieg ausgesprochen hat.

Der Reichswirtschaftsminister über das Preisabbaugesetz.

Berlin, 20. Mai. In der heutigen Sitzung des Reichstags gab der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine Erklärung darüber ab, in welcher Weise die Reichsregierung den schon von dem letzten Kabinett vorgelegten Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaues weiter zu behandeln gedenkt. In den vorgezeichneten Maßnahmen gegen die Ringbildung hat der Reichswirtschaftsminister zwei von einander abweichende Gutachten vorgelegt. Die Reichsregierung hält darum die Beschaffung weiteren Materials für erforderlich und wird auch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Mißstände auf dem Gebiete des Submissionswesens und der Ringbildung zum Gegenstand der Wirtschaftsenquete machen. Der Artikel 3 des Gesetzentwurfes hat eine Erweiterung der Beauftragungsrechte der Reichsregierung gegenüber Maßnahmen und Beschlüssen der Zwangsfindikate zum Ziel. Die Ausnahmenvorschrift des Paragraphen 19 der Kartellverordnung, wonach zwar Syndikate der Verordnung nicht unterliegen, soll bestehen bleiben, aber es soll eine Erweiterung der Aufsichtsrechte des Reiches gegenüber den Zwangsfindikaten durch eine Abänderung der Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz und der Durchführungsbestimmungen zum Kaliwirtschaftsgesetz eintreten. Dadurch sollen ohne Inanspruchnahme des Kartells die gleichen Beauftragungen und Eingriffsmöglichkeiten gegeben werden, wie sie die Kartellverordnung für die freiwillig gebildeten Kartelle vorsieht. Ueber den Artikel 4 des Gesetzes, der das Strafrecht der Innungen regelt und das behördliche Aufsichtsrecht gegenüber Innungen verstärken sollte, haben eingehende Verhandlungen mit den Vertretern des Handwerks stattgefunden. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat beschlossen, daß die Innungen bis zum Wiedereintritt normaler Wirtschaftsverhältnisse Ordnungs-

strafen gegen Mitglieder wegen Wettbewerbsverhandlungen nur verhängen wollen, wenn unlauterer Wettbewerb im Sinne des Gesetzes vorliegt. Der Beschluß sagt weiter, daß Innungen oder Handwerksverbände Stich- und Nichtpreise weder festsetzen noch empfehlen oder bekannt geben sollen. Bei den Handwerkskammern sollen Prüfungsstellen eingerichtet werden zur Prüfung von Beschwerden der Verbraucher über Preise und Leistungen der Handwerker. Die Reichsregierung beabsichtigt, zunächst den Erfolg dieser Zwischenmaßnahmen abzuwarten, ehe sie weitergehliche Maßnahmen auf diesem Gebiete in Vorschlag bringt.



Der polnische Oberbefehlshaber General Pilsudski

Pilsudski und der Bolschewismus

London, 20. Mai. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, nach den letzten Meldungen aus Warschau sei Marshall Pilsudski überzeugt von seiner Fähigkeit, alle Spuren des Bolschewismus in Polen durch Sicherung der Agrarreform, die die Aufhebung der großen Landgüter und ein ausgedehntes System kleiner Farmen umfasse, auszurotten.

Paris, 20. Mai. Havas meldet aus Warschau, die Mission des Senatspräsidenten in Polen, der einen Ausgleich herbeiführen sollte, scheine gescheitert zu sein. Er habe einen Bericht eingereicht, daß die polnischen Truppen sich ablehnend verhielten. Die Regierung Bartel erkläre, daß diese Schwierigkeit, obwohl sehr bedauerlich, die Befriedung nur hinausgezögert werde. Die Führung des Armeekorps von Posen bleibe gehorham und die polnischen Truppen erheben nur Protest, ohne eine lokale Regierung zu bilden.

Neues vom Tage.

Der Reichsanwalt über Flaggenfrage und Fürstenabfindung
Berlin, 20. Mai. Ueber die Auffassung des Reichsanwaltes Dr. Marx zu der Flaggenfrage erfahren wir, daß er auf dem Standpunkt steht, hierfür müsse eine Lösung gesucht werden, die nicht harte Minderheiten des deutschen Volkes majorisiere und dadurch unnötig die Erregung im Volke vermehre. Zur Durchführung der Flaggenverordnung ist zu bemerken, daß die von der Regierung bereits früher im Reichstag angekündigte längere Dauer der Durchführung nicht etwa auf die Instruktion, sondern auf die notwendige Versorgung der ausländischen Missionen mit dem nötigen Flaggenstoff zurückzuführen ist. Auch bei der Verordnung des Reichspräsidenten Ebert von 1921 war eine Frist von zwei Monaten für das Inkrafttreten vorgegeben. Ueber die Verwirklichung der Absicht einer endgültigen Regelung der Flaggenfrage verläutet, daß dazu die Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses in Aussicht genommen ist, der in Verbindung mit den interessierten Organisationen und Geraldikern zunächst ein Gutachten zu der Frage ausarbeiten soll.

Zur Frage der Fürsteneinteilung steht Reichsanwalt Dr. Marx auf dem Standpunkt, daß theoretisch im Reichstag ein Antrag eingebracht werden könnte, den etwa durch den Volksentscheid angenommenen Gesetzentwurf wieder aufzuheben. Das Volk sei aber souverän und ein solches Vorgehen wird von der Regierung für sehr bedenklich gehalten. Man

steht wohl auf dem Standpunkt, daß für einen solchen Fall der Reichstag selbst eher den Wunsch nach einer Auflösung haben wird, nachdem das Volk in einer bestimmten Richtung entschieden hat. Der vorliegende Regierungsentwurf über die Fürstenabfindung wird natürlich neben dem Entwurf zum Volksentscheid seinen geschäftsordnungsmäßigen Gang nehmen.

Obstruktion im bayerischen Landtag

München, 20. Mai. In der heutigen Nachmittagsitzung des bayerischen Landtages, in der der Antrag Hilpert-Wohlgemuth auf Änderung des Paragr. 92 der Verfassung weiterberaten wurde, erklärte Abgeordneter Timm: Die sozialdemokratische Fraktion wird sich der Lösung einer Verfassungsfrage durch Ueberrumpelung, wie sie hier vorliegt, mit aller Entschiedenheit widersetzen. Da im Verleihenrat die Mehrheitsparteien ihren Willen rücksichtslos durchgesetzt haben, werden sich die Sozialdemokraten künftig an den Beratungen des Verleihenrates nicht mehr beteiligen. — Der bürgerliche Block und die kommunistische Fraktion ließen erklären, daß sie gegen den Antrag stimmen würden. In zwei nacheinander stattgefundenen Sitzungen, die jedesmal aufgehoben werden mußten, setzten die Gegner des Antrages die Obstruktion fort und da die sozialdemokratische Fraktion ihren Standpunkt aufrecht erhielt, beschloß das Haus, den Antrag der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen auf Änderung des Paragraphen 92 der Verfassung dem Verfassungsausschuß zu überweisen. Die nächste Sitzung des Landtages findet am 1. Juni statt.

Ein schweres Explosionsunglück

Wertheim a. M., 20. Mai. Donnerstag vormittag gegen 11 Uhr slog in dem etwa 4 Kilometer entfernten bayerischen Ort Hahloß am Main aus bisher noch unbekannter Ursache die Pulverfabrik Hahloß unter furchtbarem Getöse in die Luft. Die ganze Fabrik ist vernichtet und ein Teil der umliegenden Wohngebäude schwer beschädigt. An der Explosionsstelle befindet sich ein riesiger Trichter. Die Zahl der Toten ist noch nicht bekannt, doch rechnet man mit mindestens 15 bis 20. Die Zahl der Verwundeten ist erheblich größer. In das Krankenhaus zu Wertheim sind bisher etwa 30 Verletzte eingeliefert worden, von denen einige inzwischen gestorben sind. Die Trümmerstätte bietet ein grausiges Bild. Die Rettungsarbeiten sind, da weitere Explosionen zu befürchten sind, schwierig. Selbst in Wertheim wurden Fensterheben zertrümmert.

Berlin, 21. Mai. Nach den Meldungen der Berliner Blätter hat die Explosionskatastrophe in Hahloß bis jetzt 9 Todesopfer gefordert, unter denen sich 4 Frauen befinden.

Zur Beschließung von Damaskus

London, 20. Mai. Der Korrespondent des „Daily Express“ berichtet aus Damaskus, daß bei der Beschließung des Stadtteils Rib durch die Franzosen am 7. Mai über 300 Häuser zerstört und 600 Zivilpersonen getötet worden seien. Die Beschließung hatte 200 Auffständigen gekollert, die sich in dem Stadtteil festgesetzt hatten.

Veret über den Frankenkrieg

Paris, 20. Mai. Am Schluß des heutigen Ministerrates erklärte Finanzminister Veret, man werde alle Maßnahmen treffen, um den Franken zu stützen, dessen Baissa in der innerpolitischen Lage keine Rechtfertigung finde. Der Ministerrat habe, wie Havas mitteilt, die vom Finanzminister Veret bei den Londoner Verhandlungen eingenommene Haltung gebilligt. Finanzminister Veret gab ferner bekannt, daß kein Anlaß vorliege, die vorzeitige Zusammenberufung des Parlaments ins Auge zu fassen.

Ablehnung der Vorschläge durch die Bergarbeiter

London, 20. Mai. Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter hat die Vorschläge der Regierung zur Beilegung des Bergbaukonfliktes abgelehnt.

Abschluß der Genfer Paktkonferenz

Genf, 20. Mai. Die zweite Paktkonferenz hat ihre Arbeiten beendet. Die Konferenz beschränkte sich darauf, den Staaten eine Reihe von Erleichterungen für den Grenzübergang zu empfehlen, und sprach sich gleichzeitig für die Annahme eines einheitlichen internationalen Passes aus. Die Pässe sollen auf fünf Jahre ausgestellt werden. Der Preis für die Pässe soll die Herstellungskosten nicht überschreiten. Fast einstimmig trat die Kommission für die Aufhebung der Bagatelle ein, die durch die zwischenstaatlichen Abmachungen angekrebt werden soll.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 20. Mai. Die Aussprache zum Kapitel Staatsministerium fällt am Donnerstag noch zwei volle Stunden aus. Abg. Dr. Schott von den Deutschnationalen wendet sich gegen die Darstellung des Abg. Scheel in Bezug auf die Gebührenschildungssteuer. Er gab zu, daß diese Steuer sehr unangenehm und kaum tragbar sei. Die Beamtenpolitik der Regierung sei unannehmlich.

Abg. Hartmann von der Deutschen Volkspartei bedauert die Haltung des Staatspräsidenten gegenüber der bayerischen Volkspartei. Bayern sei das klassischste Land des Partikularismus und man habe in zweihundertjähriger Erfahrung die schädlichen Folgen dieser Einstellung genau kennen gelernt. Auch mit den wirtschaftspolitischen Anschauungen und der Enthaltungspolitik der Regierung ist er nicht einverstanden. Die Entlassung der Pressestelle lehne die Volkspartei ab, da dies geradezu eine Sünde wider den Geist dieses Amtes sei.

Abg. Scheel (Dem.) wies die scharfe Antwort des Staatspräsidenten auf seine scharfen Ausführungen zurück. Die starke Verantwortung in der Beamtenpolitik sei Tatsache, wie viele Veränderungen aus Beamtenkreisen deutlich erkennen lassen. Die Stellungnahme des Staatspräsidenten zum Schuljahr seien für einen Kultminister unzureichend. Wenn der Staatspräsident von einer Festigung des Staates reden konnte, so begrüße er das, aber diese Festigung sei bei der Zusammenarbeit der Weimarer Koalition nach dem Zusammenbruch zu danken, durch die besonders auch die Arbeiter an den Staat angelehnt worden seien.

Abg. Keil von der Sozialdemokratie ging ebenfalls auf die gestrige Rede des Staatspräsidenten ein. Die Wahrung der Arbeit der maßgebenden Beamten im Arbeits- und Ernährungsministerium durch den verantwortlichen Minister sei unverständlich und unangenehm. Dem Abg. Schott gegenüber wies Keil an Hand genauer Einzelheiten aus dem Reichstag nach, daß die Deutschnationalen die volle Schuld an der heutigen Gestaltung der Gebührenschildungssteuer tragen. Die Politik der bayerischen Volkspartei lehnt er ab.

Staatspräsident Süssle nahm noch einmal das Wort, um sich gegenüber Scheel und Keil zu verteidigen. Seine Beamtenpolitik sei unanfechtbar. Die von dem Abg. Keil angeführten Tatsachen aus dem Arbeits- und Ernährungsministerium können nur durch die Inaktivität von Beamten bekannt geworden sein. Seine Haltung in Schul- und sozialpolitischen Fragen sei nur in der finanziellen Notlage der Zeit begründet. Den Landwirten sei nur mit Zöllen zu helfen, denn nur dadurch erreichen sie höhere Preise.

Abg. Suckmann gab als Abgeordneter von Heilbronn eine Darstellung der Vorgänge bei der Dillener Versammlung. Es sei nur der Besonnenheit der Heilbronner Bevölkerung zu danken, daß nichts Schlimmeres passiert sei. Man solle die ruhige Haltung der Erwerbslosen anerkennen und sie nicht durch solche Demonstrationen zu reizen. Jedenfalls bitte er, Heilbronn künftig mit solchen Veranstaltungen zu versehen.

Abg. Keil stellte schließlich noch fest, daß er kein Material weder durch mündlichen noch schriftlichen Verkehr mit einem Beamten des Arbeitsministeriums bekommen habe.

In der nun folgenden Abstimmung wurde die Verbeamtung der Pressestelle in namentlicher Abstimmung von den Deutschnationalen, dem Zentrum und den Völkischen angenommen. Die Aufhebung der Gehaltsstaffel in Berlin wurde gegen die Kommunisten, die in München gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgestimmt. Das Kapitel Staatsministerium wurde darauf gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Man ging dann über zur Beratung des Etats des Arbeits- und Ernährungsministeriums, über dessen Beratung im Ausschuss der Abg. Villiger (Sos.) einen sehr eingehenden Bericht erstattete.

Abg. Böd (Str.) befragte Eisenbahnfragen und fordert eine möglichst rasche Vollendung der noch unvollständigen Nebenbahnbauten in Württemberg. Sehr entschieden lehnt er den Plan der Reichsbahndirektion Stuttgart ab, wonach die Reparaturwerkstätte in Rottweil aufgegeben werden soll.

Abg. Roth (Dem.) unterstützt die Forderungen des Vorredners in Bahnfragen und wendet sich dann gegen die handelspolitischen Fragen zu. Er gesteht zu, daß inmitten einer schmerzlichen versuchten Umwandlung kein Land allein zum Freihandel übergehen könne, aber er lehnt keine Protektionszölle für die deutsche Industrie ab. Er hält die deutsche Industrie im allgemeinen für durchaus wettbewerbsfähig, wenn man ihr einen Ausgleich gegen steuerliche und sonstige Verbelastungen gewährt. Etwaigen Notmaßnahmen gegen Wirtschaftskonkurrenzen schiedsrichterlicher Länder sind Ausnahmen und selbstverständlich.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 21. Mai 1926.

Unserer heutigen Zeitung liegt eine Beilage mit dem Auszug des Sommerfahrplans bei.

Amtliches. Bei der in der Zeit vom 7.—23. April 1926 in Freiburg vorgenommenen forstlichen Vorprüfung ist u. a. der Prüfling Knappe, Wolf, von Stimmersfeld für befähigt erkannt worden.

Keine Zurückzahlung der Weinsteuern. Zu der Frage einer Rückerstattung der Weinsteuern an Verbraucherwirts hat der Reichsfinanzminister sich folgendermaßen geäußert: Die Aufhebung des Weinsteuergesetzes könne ihm keinen Anlaß geben, entstandene Weinsteuerschulden zu erlassen. Hätte ein solcher Erlaß in der Absicht des Gesetzgebers gelegen, so wäre das in dem Steuermilderungsgesetz zum Ausdruck gelangt. Die Verbraucherwirts haben die außerordentliche Vergünstigung genossen, ihren Wein nach dem Einkaufspreis zu versteuern. Sie müssen als Folge der plötzlichen Aufhebung des Weinsteuergesetzes auch den Nachteil dieser Besteuerungsart in Kauf nehmen. Er sei jedoch bereit, im Einzelfalle Erstattungsanträge wohlwollend zu prüfen, wenn die Erstattung unerlässlich erscheine, weil überzeugend nachgewiesen sei, daß die Verbraucherwirts die Steuern nicht abwälzen können und sich in einer besonderen wirtschaftlichen Notlage befinden. Nach dieser Antwort des Reichsfinanzministers werden, wie im württ. Landtag auf eine Kleine Anfrage des Abg. Scheel (Dem.) geantwortet wurde, die Verbraucherwirts nur in besonders tragenden Einzelfällen Aussicht auf Zurückzahlung der Weinsteuern haben.

Calw, 20. Mai. (Zäher Tod.) Heute früh wurde der in weiten Kreisen bekannte Zimmermeister Ernst Kirchert durch einen jähen Tod aus dem Leben gerissen. Der Verstorbene wollte sich an dem Auszug des Landw. Bezirksvereins nach Oppau beteiligen und lag schon im Zuge, als er von einem starken Unwohlsein befallen wurde. Er fiel wieder aus und ging heim, während seine Frau mit Sohn weiterfuhr. Unterm Wege wurde es ihm aber schlechter, so daß er von des Wegs daherkommenden Männern gestützt werden mußte. In den Armen dieser Männer hauchte er ganz in der Nähe seines Hauses sein Leben aus. Die Frau wurde sofort telegrafisch zurückerufen. Kirchert war ein solider, äußerst tüchtiger Geschäftsmann, der sein Geschäft durch große Tatkraft und unermüdeten Fleiß zu großer Blüte brachte. Er war ein Handwerksmann vom guten alten Schrot und Korn. Durch das Vertrauen seiner Mitbürger wurde er in den Gemeinderat berufen, wo er wegen seiner praktischen Erfahrung und seiner Offenheit sehr geschätzt war.

Calw, 20. Mai. (Kraftverkehrsverbindung Calw-Herrenberg.) Ab nächsten Samstag wird, nachdem nun die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen den Städten Calw und Herrenberg zum Abschluß gebracht worden sind, eine regelmäßige Kraftfahrverbindung zwischen den beiden Städten vorläufig von privater Seite aufgenommen. Der in Herrenberg stationierte Personenkraftwagen wird täglich eine Morgen-, Nachmittags- und Abendverbindung bei jeweils einstündiger Fahrtdauer zwischen Calw und Herrenberg herstellen.

Freudenstadt, 20. Mai. (Deutscher Schriftsteller- und Journalistentag.) In der dritten öffentlichen Hauptversammlung des Deutschen Schriftsteller- und Journalistentags wurden die Vorträge über neuzeitliche Aufgaben des deutschen Schriftstums fortgesetzt und zwar zunächst durch Dr. Rühlers-Wien über Schriften und Radio. Er behandelte besonders das Problem des Autorrechtes gegenüber dem Rundfunk. Chefredakteur Dr. Holz-Berlin sprach über Schrifttum und Film. Er wandte sich besonders gegen die Amerikanisierung der Filme. Ueber Schrifttum und Presse sprach dann noch Konsul Buh-Frankfurt a. M. Er richtete an die Presse die Bitte um Berücksichtigung der Interessen des freien Schrifttums.

Freudenstadt, 20. Mai. (Vom Rathaus.) In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Gemeinderat über den Verkauf von städt. Wohnhäusern. Der Vorsitzende hält es wegen der immer wieder erfolgenden Anfragen wegen künftiger Ueberlassung städtischer Wohnhäuser für erforderlich, grundsätzliche Beschlüsse darüber zu fassen, unter welchen Bedingungen der Gemeinderat einem Verkauf zustimme. Gegen einen Verkauf ist grundsätzlich niemand; es handelt sich nur um den Verkaufspreis und um die Frage, ob Barzahlung oder größere Anzahlung erfolgt. Einen Verkauf um jeden Preis will ebenfalls niemand. Die Baukommission hielt eine Hausstätte an der Bahnhofsstraße (drei Dreizimmerwohnungen) für einen Preis von mindestens 25 000 Mark und für ein Zweifamilienhaus an der Stuttgarterstraße 18 000 Mark nicht für zu hoch. Der Gemeinderat beschließt einstimmig: Angebote unter 25 000 Mark für den hälftigen Gebäudeteil der Häuser an der Bahnhofsstraße nicht zu berücksichtigen, es sei denn, daß Barzahlung erfolgt, für die Häuser an der Stuttgarterstraße werden folgende Mindestpreise festgelegt: 18 000 Mark für Eckhäuser und 16 000 Mark für mittlere Gebäude, Mindestanzahlung je 30 Prozent, für den Rest wird hypothekarische Sicherheit verlangt.

Schulgeldbesetzung für die privaten Klassen der Oberrealschule mit Lateinschule. Die Kommission hat auch eingehenden und sorgfältigen Beratungen das Schulgeld für die privaten Klassen 7-8 in vier Abteilungen wie folgt festgelegt: 1. Stufe 100 M., 2. Stufe 240 M., 3. Stufe 180 M. und 4. Stufe 120 M. Unter Zugrundelegung dieser Sätze betragen die Einnahmen aus Schulgeldern an den drei privaten Klassen 19 440 Mark, wogegen die Ausgaben für die Gehälter der Lehrer dieser Klassen 19 300 Mark betragen. Einnahmen und Ausgaben decken sich somit vollständig. Die Einführung erfolgt unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse der Eltern. Nicht-Württemberger bezahlen grundsätzlich die oberste Stufe, nicht bezirksangehörige Württemberger werden ebenfalls in die oberen Stufen eingereiht, Bezirksangehörige im allgemeinen in die mittleren Stufen. Gegen die von der Kommission festgelegten Sätze werden keine Einwendungen erhoben. Gesuche um Freistellen an den staatlichen Klassen der Oberrealschule sind im ganzen 38 eingegangen, in der Hauptsache von Schülern der ersten Klasse, wo die Gewährung einer Freistelle mangels Notenzugnisse noch gar nicht möglich ist. Ganze Freistellen wurden mit einer Ausnahme nicht gewährt, sondern nur ein teilweiser Nachlaß des Schulgeldes. Freistellen für auswärtige, im Bezirk wohnende Schüler hat entweder die Heimatgemeinde oder die Amtsförperschaft zu übernehmen. — Anmeldung der städt. Waldarbeiter zur Erwerbslosenversicherung. Die Forstkommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage der Anmeldung der städtischen Waldarbeiter zur Erwerbslosenversicherung. Die forstwirtschaftlichen Arbeiter waren bisher von den Beiträgen befreit, weil man nicht mit einer längeren Erwerbslosigkeit der städt. Holzarbeiter rechnen und davon ausging, sie kändig zu beschäftigen zu können, wenn keine strengen schneereichen Winter eintreten. Doch kann der Fall eintreten, daß besonders bei hohem Schnee vielwöchentlich und monatelang die Waldarbeit unmöglich sein wird. Die Forstkommission beantragt, die Waldarbeiter der Erwerbslosenversicherung anzuschließen und die Beiträge hierfür nach der gesetzlichen Vorschrift je hälftig auf die Stadt und die Arbeiter zu übernehmen. Der Gemeinderat schließt sich dem Antrag der Forstkommission auf Anmeldung der Waldarbeiter zur Erwerbslosenversicherung, sowie bezüglich der Uebernahme der hälftigen Kosten für die Beiträge auf die Stadtgemeinde an.

Freudenstadt, 20. Mai. (Bezirksschulversammlung.) Nach vierjähriger Pause, die hauptsächlich durch den Geldmangel des Staates verursacht wurde, konnte am 17. Mai wieder eine Bezirksschulversammlung hier abgehalten werden. Sie stand unter der Leitung von Schulrat Reich. Es wohnten ihr nicht nur die gesamte Lehrerschaft, sondern auch Oberamtmann Knapp-Freudenstadt, Oberamtmann Haller-Oberndorf, Oberamtsrat Humald, Studiendirektor Dr. Jener, Gewerkschaftsleiter Grieshaber, Stefan Haller u. andere Geistliche und zahlreiche Ortschulratsmitglieder und Schultheißen bei. Die Versammlung begann mit dem Hauptgegenstand, dem Ueberichtsbericht des Vorsitzenden. Derselbe gab ein klar gezeichnetes Bild von der heutigen äußeren und inneren Verfassung des Schulwesens unseres Bezirkes und war zugleich ein Rückblick auf die Entwicklung

deselben im eben abgeschlossenen ersten Viertel unseres Jahrhunderts. Aus diesem ging hervor, daß der Schulbezirk Freudenstadt zurzeit 64 Schulorte umfaßt, von denen 53 im Oberamtsbezirk Freudenstadt, 5 im Oberamtsbezirk Horb und 6 im Oberamtsbezirk Oberndorf liegen. Er ist in seinem heutigen Umfang im Jahre 1914 entstanden durch die Zusammenlegung der Bezirke Freudenstadt, Dornstetten und Pfalzgrafenweiler und die Zusammenlegung der aufgezählten evangelischen Randgemeinden aus den Oberämtern Horb und Oberndorf bei Gelegenheit der schulpflichtigen Schulleitung im Hauptamt. Bis dahin hatte die nebenamtlich ausgeübte Schulaufsicht in den Händen der Geistlichen gelegen. In der äußeren Entwicklung des Schulwesens unseres Bezirkes bildet natürlich der Krieg mit seinen unheilvollen Folgen einen Wendepunkt. Während sich von 1901 bis 1914 die Zahl der Lehrkräfte um 12 vermehrt hatte, nahm sie in den Nachkriegsjahren um eine ab. Noch heute ruhen infolge des Abbaues sieben Lehrstellen im Bezirk und ein Schulvikariat in Freudenstadt. Dasselbe Bild zeigt die Veränderung der Schulhäuser und Räume. — Dr. Humald hielt einen Vortrag „Ueber den Kropf und seine Bekämpfung.“ Er führte darin über das Wesen und die Funktion der Schilddrüse, die Entstehung, Vorbeugung und Heilung des Kropfes auf. Dem Vortrag folgte die Vorführung physikalischer und chemischer Apparate durch ihre Hersteller. — Mit der Bezirksschulversammlung war auch eine Ausstellung der geeigneten Werke für die Lehrerbücherei verbunden, an den Lehrern die Auswahl für dieselbe zu erleichtern.

Weilertal, 18. Mai. (Unfall.) Die Pferde eines Landwirts aus Calmbach scheuten auf dem hiesigen Weidplatz. Der Besizer und ein Mitfahrer, die anscheinend betrunken waren, wurden vom Wagen geschleudert und trugen erhebliche Verletzungen davon.

Oberndorf, 20. Mai. Nachdem schon im vergangenen Jahre die Engländer, die beim Luftkampff in unfernen Bezirk gefallen Kameraden aus dem hiesigen Friedhof nach dem gemeinsamen Begräbnisplatz bei Kappel übergeführt haben, sind am Montag und Dienstag auch die hier bestatteten Franzosen ausgegraben worden. Ihre Ueberreste werden nach Frankreich gebracht. Die französischen Beauftragten hatten in einem hiesigen Gasthof Quartier bezogen. Auch die Franzosen sind als Kriegssorgene hier den Luftangriffen ihrer Freunde zum Opfer gefallen. Auf dem Friedhof sind jetzt nur noch einige Russen begraben. Von der Stadt sind die Gräber unserer Feinde immer gepflegt worden.

Rottweil, 19. Mai. Der dieser Tage verstorbene Prof. Dr. Hugo Zillcher hinterließ eine reiche geologische Sammlung. Den Teil davon, der lokale Bedeutung hat, vermacht er, wie wir bereits berichteten, der Stadt Rottweil. Die eigentliche Verteilungssammlung des verstorbenen Gelehrten, reich an großen Seltenheiten, befindet sich im Besitz der Familie und soll verkauft werden. Hoffentlich gelingt es, diese Sammlung unserem Vaterland zu erhalten.

Rottweil, 19. Mai. In Gegenwart von Kirchenpräsidenten D. Dr. v. Metz und Prälat Dr. Hoffmann, dem Vorsitzenden des Württ. Hauptvereins, der zweite Rottweiler Gustav-Adolf-Tag statt. Eine große Festversammlung hatte sich aus den umliegenden Oberämtern eingefunden. Die Festpredigt in der evangelischen Kirche hielt Stadtpfarrer Fritsch. Festvorträge wurden von Stadtpfarrer Stahl-Reutlingen über „Die betende Kirche“ und von Stadtpfarrer Marquardt-Saulgau über „Die kämpfende Kirche“ gehalten. Namhafte Gaben für die neuerrichtete Diasporaanstalt Kleintobel bei Ravensburg wurden gegeben.

Schramberg, 20. Mai. Ein fremder Handwerksburische beschädigte gestern nachmittag in der Hauptstraße aus reinem Mißwillen eine auf einem Rollwagen des Güterbeförderers W. stehende Eierkiste so, daß sich der Inhalt derselben auf den Wagen ergoß. Durch Passanten wurde der Vorgang auf der Polizeiwache gemeldet und konnte der Burische ergriffen werden. In der Zelle des Ortsarrestes machte er einen Selbstmordversuch, indem er sich an zwei Taschentüchern aufhängte; er konnte aber rechtzeitig von einem Beamten abgehängt und durch alsbald angestellte Wiederbelebungsvorläufe ins Leben zurückgerufen werden. Wegen der Sachbeschädigung wurde der Burische heute dem Amtsgericht Oberndorf zugeführt. — Seit Freitag, 14. Mai, wird der 12 Jahre alte Volksschüler Max Bauer von hier vermißt. Er hat sich aus Furcht vor Strafe von zu Hause entfernt. Eine Spur des Vermißten wurde noch nicht gefunden.

Herrenald, 19. Mai. (Fahrpreisermäßigung.) Mit der Wiedererrichtung einer täglich dreimaligen Verbindung mit Neuenbürg-Wildbad u. Baden-Baden haben Reichspost und Kraftwagen-Gesellschaft Herrenald-Neuenbürg-Wildbad eine Ermäßigung des Fahrpreises gegen das Postjahr eintreten lassen.

Stuttgart, 20. Mai. (Todesfall.) Der frühere Stuttgarter Polizeidirektor Dr. Wittinger, zuletzt Oberregierungsrat in München, ist in den Bergen einem Schlaganfall erlegen. Dr. Wittinger ist von Um gebürtig und trat im November 1911 an die Spitze der Stuttgarter Polizeidirektion. Dessen Posten bekleidete er bis November 1914. Er hat sich seinezeit um das Stuttgarter Polizeiwesen große Verdienste erworben.

Wieder hergestellt. Der Hasenische Rennfahrer Kavalari, der beim Solitude-Rennen gestürzt war, ist bereits wieder hergestellt. Er hat am Montag das Marienhospital verlassen können. — Ebenso ist der englische Jockey Craig wieder hergestellt und wird nächster Tage an einem Rennen in Frankfurt teilnehmen.

Birmenstingen, 20. Mai. (Brand eines Doppelwohnhauses.) In dem den Familien Schilling und Holl gehörigen Doppelwohnhaus brach abends Feuer aus, das derart rasch um sich griff, daß beide Gebäude bis auf den Grund niederbrannten.



Hochdorf—Ettmannsweller.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Pfingstmontag, den 24. Mai im Gasth. z. Sternen in Altensteig stattfindenden Hochzeitsfeier freundl. einzuladen

Christian Bauer | **Marie Waidelich**
Sohn des | Tochter des
Postboten Bauer | Joh. Waidelich, Bauers
in Hochdorf | in Ettmannsweller

Kirchgang $\frac{1}{2}$ 12 Uhr in Altensteig.

Ebershardt—Ebhansen.

Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Pfingstmontag, den 24. Mai im Gasth. z. Waldhorn in Ebhausen stattfindenden Hochzeitsfeier freundl. einzuladen

Friedrich Rau | **Johanna Helber**
Maurermeister, Sohn des | Tochter des
Friedrich Rau, Maurer- | Jakob Helber, Glaser-
meisters in Ebershardt | meisters in Ebhausen

Kirchgang $\frac{1}{2}$ 12 Uhr.

Statt jeder besonderen Einladung!

Beihingen—Hörschweller.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Pfingstmontag, den 24. Mai, im Gasth. z. Döfen in Beihingen stattfindenden Hochzeitsfeier freundl. einzuladen

Christian Kübler | **Nane Lambarth**
Säger, Sohn des | Tochter des Johannes
Christian Kübler, Holz- | Lambarth, Straßen-
hauer in Beihingen | warts in Hörschweller

Kirchgang um 12 Uhr in Beihingen.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Kropfkränke!

Sagitta-Balsam hat seit 40 Jahren Hunderttausenden bei Kropf, Blähgas, Saitthals, Drüsenanschwellung geholfen. Vollkommen unschädlich. Ansaufällige Anwendung. Preis $\text{Mk. } 1.80$. **Sagitta Struma Tabletten** dazu genommen verstärken die Wirkung. Sind auch best. Vorbeugungsmittel gegen Kropf. Preis $\text{Mk. } 2.20$. In allen Apotheken erhältlich. Stets vorrätig: Schiller, Apotheke Altensteig. Apotheke Pfalzgrafenweiler.

Auf Pfingsten empfehle ich:**Halbblut- u. Doppelblut-Orangen**

1 Stück	6.	8.	10.	12.	15 Bfa.
12	70.	90.	1.10.	1.30	1.60

Citronen, goldgelbe Meissina

12 Stück 60, 75, 85 Pfg.

Sehr billige Gemüsekonserven

Erbisen, Gemüse 1 Kilo-Dose $\text{Mk. } 0.80$
Erbisen, junge und fein 1 Kilo-Dose $\text{Mk. } 1.10-1.40$
Carotten, geschn. u. geschält $0.75-0.90$
Schnittbohnen, feine 1 Kilo-Dose $\text{Mk. } 1.00-1.20$
Tomaten-Mark $\frac{1}{2}$ u. 1 $1.00-1.75$

Kompott-Früchte in Kilo-Dosen

Aprikosen, Birnen, Erdbeeren, Ananas, Kirschen
Mirabellen, Pfäunen, Reineclauden
Del-Sardinen in Dosen 40, 60, 70, 85 Pfg.
Sardellen, Cappern, Majonaise, geräuch. Lachs
und Salm in Dosen
Essig-Gurken, offen und in 1, 2 und 4-Literdosen

Gelegenheitskauf in Flaschenweinen

Rotwein in $\frac{1}{4}$ Liter, — Weißwein in $\frac{1}{4}$ Liter-Flaschen
Königsbacher $\text{Mk. } 0.90$, Plattensee $\text{Mk. } 1.20$,
Dürkheimer $\text{Mk. } 1.-$, St. Martin $\text{Mk. } 1.30$,
Felsbacher $\text{Mk. } 1.50$, Hambacher $\text{Mk. } 1.40$
Burgunder $\text{Mk. } 1.75$, rot Bordeaux $\text{Mk. } 2.-$
Malaga dunkel $\text{Mk. } 1.50$, Malaga gold $\text{Mk. } 2.-$
in $\frac{1}{2}$ Liter-Flasche $\text{Mk. } 1.-$, in $\frac{1}{4}$ Liter-Flasche $\text{Mk. } 1.25$
(Flaschenpfand 0.25 Pfg.)

Kurpfalz-Sekt Riesling $\frac{1}{4}$ Flasche $\text{Mk. } 4.-$, $\frac{1}{2}$ Flasche $\text{Mk. } 2.80$ **Schokolade: Suchard, Eßzel, Waldbaur**in 100 Gramm Tafeln große Auswahl
Pralinen und Fondant, offen und in Karton.**Räse:**

Edamer, Emmentaler, saftig, Camembert, Emmentaler ohne Rinde, Wachter Romadour, Allgäuer Tafel-Butter
Schinkenauflauf in 1, 5 und 10 Pfund-Dosen.

Chr. Burghard jr., Altensteig.

Wart.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Pfingstmontag, den 24. Mai im Gasth. von Lorenz Fenschel in Wart stattfindenden Hochzeitsfeier freundl. einzuladen

Peter Weber | **Katharine Stepper**
Schreiner, Sohn des | Tochter des
Peter Weber, Maurer- | Martin Stepper,
meisters in Wart | Zimmermanns in Wart

Kirchgang um 11 Uhr in Wart.

Besenfeld.

**Sonntag, den 23. Mai
Mehlsuppe
mit Konzert**

ausgeführt vom Musikverein Gremelsbach

anschließend
Tanz-
Unterhaltung**Kilgus z. Löwen****Fahrpläne**

sind zu haben in der

W. Meier'schen Buchhandlg., Altensteig.

Altensteig.

**Stroh-Hüte**

neuester Fassung

für Herren, Knaben und Kinder
empfiehlt in großer Auswahl
zu billigsten Preisen**Carl Walz,**
Hut- und Mähengeschäft.**Lichtspiele „Grüner Baum“ Altensteig.**

Pfingstmontag, den 24. Mai, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr

„Ueber alles das Vaterland“

(Die Marquise Jorisaka)

Ein Film aus dem Russisch-Japanischen Krieg.

Als Beiprogramm: „DIX und DAX“.

Jugendliche haben keinen Zutritt.